

# Schiersteiner Zeitung

## Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend  
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)  
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallauer Zeitung)

Anzeigen  
kosten die einseitige Kolonelle  
ober deren Raum 16 Wg.  
für auswärtige Besteller 20 Wg.  
Reklamen 60 Wg.

Bezugspreis  
monatlich 80 Wg., mit Fragner-  
lohn 80 Wg. Durch die Post  
bezogen vierteljährlich 2.50 Mk.  
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 164.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstage,  
Donnerstage, Samstage

Druck und Verlag  
Probst'sche Buchdruckerei  
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter  
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164

Nr. 7.

Donnerstag, den 16. Januar 1919.

27. Jahrgang

### Die Nationalversammlung.

#### Wie wird gewählt?

Die jetzt zu tätige Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung unterscheidet sich von der früheren Reichstagswahl einmal durch die Vergrößerung des Kreises der Wahlberechtigten infolge Ausdehnung des Wahlrechts auf Frauen, Soldaten und junge Leute von 20-25 Jahren und sodann durch Anwendung des Systems der sogenannten Verhältniswahl. Früher galt Mehrheitswahl, d. h. der Kandidat war gewählt, der die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hatte. Hatte bei 100 000 abgegebenen Stimmen ein Bewerber 50 001 Stimmen, so hatte er gesiegt über seinen Gegner mit 49 999 Stimmen. Letztere blieben untertreten. Anders bei der Verhältniswahl. Hier soll jede Parteigruppe die dem Verhältnis ihrer Stimmenzahl entsprechende Anzahl Sitze erhalten. Um dies durchzuführen, muß man erstens den Wahlkreis so groß machen, daß auf ihn eine größere Anzahl von Stimmen entfällt, die dann nach dem Verhältnis der Stimmenzahl auf die konkurrierenden Parteien verteilt werden können. Zweitens darf bei diesem System von vornherein nicht mehr ein Einzelbewerber, sondern es muß nach Wahlvorschlägen (Listen) gewählt werden, d. h. die Wähler müssen sich zunächst auf einen Sammelvorschlag einigen, dem dann der Bewerber entnommen werden soll. Die Parteien stellen also ihre Vorschläge auf, die ihre Kandidaten in der Reihenfolge, wie sie zur Nationalversammlung herangezogen werden wollen, enthalten. Nach Prüfung dieser Vorschläge auf ihre formellen Voraussetzungen hin veröffentlicht der Wahlkommissar diese Vorschläge. Nunmehr sind die Wähler an diese Vorschläge (Listen) gebunden. Kandidaten die Stimme zu geben, die nicht auf den veröffentlichten Listen stehen, ist zwecklos. Solche Stimmzetteln wären ungültig. Korrekt wäre es, daß der Stimmzettel des einzelnen Wählers die sämtlichen Namen des Wahlvorschlags seiner Partei enthält. Wäre das nicht, der Wähler kann sich damit begnügen, auf dem Stimmzettel den ersten Namen seines Wahlvorschlags zu nennen. Tut er das, hat er den Vorschlag ganz gewählt. Er kann sogar seine Stimme einem anderen Bewerber geben, wenn dieser nur auf der Liste seiner Partei steht. Auch ein solcher Stimmzettel wird als für die betreffende Liste abgegeben gezählt. Ob schließlich gerade dieser Bewerber einen Sitz erhält, hängt davon ab, ob seine Partei so viel Sitze erringt, daß er nach der Liste, an der er auf der Vorschlagsliste steht, an die Reihe kommt.

Wenn schon das System der Verhältniswahl es mit sich bringt, daß kleinere Parteiengruppen einen Abgeordneten erringen können, während sie bei Mehrheitswahl ganz ausfallen, so wäre es andererseits zwecklos und verkehrt, zu kleine Gruppen zu bilden, und mit Sonderwahlvorschlägen auszuweisen. Wie der Name „Verhältniswahl“ besagt, muß eine Gruppe, um einen Sitz zu erhalten, immerhin so viele Stimmen auf sich vereinigen, daß sie im Verhältnis der Gesamtstimmenzahl zu der Zahl der zu vergebenen Sitze bedacht werden kann. Ganz kleine Gruppen sind also von vornherein von der Berücksichtigung an den Sitzen ausgeschlossen. Es kann deshalb nicht dringen genug davor gewarnt werden, solche kleine Gruppen zu bilden. Wenn sich hiermit nur Gruppen nach größeren Gesichtspunkten bilden sollten, so kann es zweckmäßig werden, daß die Parteien, die im Wahlkreis nur schwächer vertreten sind, aber auch größere Parteien, wenn sie in bestimmter Richtung zusammengehen wollen, ihre Wahlvorschläge verbinden, d. h. sie erklären, dem Wahlkommissar, daß ihre Vorschläge mit denen einer anderen verbundenen Vorschläge bei der Wahl zunächst als ein Wahlvorschlag behandelt, d. h. sie können infolge Sitze erringen, als wenn sie allein aufgetreten wären, sonst ganz ausfallen würden. Nachher werden die Stimmzetteln, von denen Gruppen wieder getrennt, um zu ermitteln, wer von ihnen den Sitz oder die Sitze erhält. Diese Unterverteilung wie überhaupt auch die Verteilung der Abgeordneten auf die abgegebenen Stimmen geschieht auf folgende Weise:

Die auf die einzelnen Wahlvorschläge gefallenen Stimmzahlen werden nacheinander durch 1, 2, 3, 4, 5 etc. geteilt, bis so viele Teilzahlen vorhanden sind, daß die Zahl der Abgeordneten entsprechende Anzahlen von Höchstzahlen ausgeteilt werden können. Je höher die Höchstzahlen erhält dann so viele Sitze, wie auf sie geteilt werden können. Ein Beispiel, bei dem der Einfachheit halber mit 5 Abgeordneten gerechnet ist, möge dies erläutern:

Gesamtzahl der Stimmen: 800 000; davon haben  
Wahlvorschlag A: 280 000,  
Wahlvorschlag B: 210 000,  
Wahlvorschlag C: 110 000  
erhalten, während 5 Sitze zu verteilen sind.  
Es werden also 280 000, 210 000 und 110 000  
nacheinander durch 1, 2, 3, 4, 5 etc. geteilt, bis 5 Höchstzahlen vorhanden sind.

| geteilt durch | Wahlvorschlag A | Wahlvorschlag B | Wahlvorschlag C |
|---------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 1             | 280 000         | 210 000         | 110 000         |
| 2             | 140 000         | 105 000         | 55 000          |
| 3             | 93 333          | 70 000          |                 |
| 4             |                 |                 |                 |

Die Höchstzahlen sind unterstrichen,  
Es enthält also Wahlvorschlag A: 2 Sitze, B: 2 Sitze,  
C: 1 Sitz.

### Das Wahlergebnis in Bayern.

#### Bürgerliche Zweidrittel-Mehrheit.

(b.) Das Pariser „Journal des Debats“ veröffentlicht einen Zeitartikel, in dem es heißt, daß deutsche Volk dürfte und könne nicht vernichtet werden, aber in den Friedenspräliminarien müsse festgestellt werden, daß Preußen zerstört werden müsse. Preußen müsse vor allem die von ihm nacheinander „gestohlenen“ Gebiete herausgeben, und den früheren Besitzern zurückgeben. Jedenfalls werde aber in den Friedenspräliminarien bestimmt werden müssen, daß Preußen auf alle Rechte auf das linke Rheinufer verzichtet. Es sei sehr wichtig, schon jetzt dieses Rheinufer der Souveränität der Berliner Regierung zu entreißen.

Von 191 rechtsrheinischen Kreisverwaltungsbehörden liegen die einseitigen Wahlergebnisse zum bayerischen Landtag für 147 Kreisverwaltungsbezirke vor. Hiernach entfallen auf die hauptsächlichsten Parteien:

|                                             |         |
|---------------------------------------------|---------|
| Bayerische Volkspartei (Zentrum)            | 754 474 |
| Sozialdemokratische Partei                  | 696 433 |
| Deutsche Volkspartei                        | 312 182 |
| Bayerischer Bauernbund                      | 250 288 |
| Nationalliberale u. bayerische Mittelpartei | 86 153  |
| Unabhängige Sozialdemokraten                | 67 593  |

Mittelstandspartei 3180,  
Unteroffizierspartei 19 236 Stimmen.  
In den ganzen Zahlen sind die Wahlergebnisse von Nürnberg ganz und von München größtenteils miteinhalten; von den 416 Münchener Stadtbezirken fehlen noch 39. Dagegen liegen die Wahlergebnisse aus verschiedenen Städten, z. B. Augsburg, Fürth und Würzburg überhaupt noch nicht vor, so daß sich die Gesamtergebnisse noch verschieben können. In der Annahme, daß durch die noch ausstehenden Resultate das Stimmenergebnis der einzelnen Parteien zueinander nicht erheblich verändert wird, dürften als Wahlergebnisse auf die Bayerische Volkspartei (Zentrum) 55 Abgeordnete, auf die Sozialdemokratische Partei 50, die Deutsche Volkspartei 22, den Bayerischen Bauernbund 18, die Nationalliberalen 7 und auf die Unabhängigen 4 Abgeordnete entfallen.

### Die Vorgänge in Berlin.

#### Spartakus-Kleinrieg.

In der Nacht zum Mittwoch versuchten die Berliner Spartakisten die Franziska-Laserne durch Gasgranaten anzuzünden. In den Abendstunden herrschte völlige Ruhe, bis um 12 Uhr nachts die ersten Schüsse trafen. Die Angreifer schossen aus den Häusern der Urbanstraße in den Kasernenhof hinein, wo die Mannschaften auf die Geschosse eilten. Plötzlich kamen von den gegenüberliegenden Dächern Gasbomben geflogen, die auf dem Pflaster des Kasernenhofes explodierten und ausströmten. Es waren sogenannte Tränenbomben, die weniger auf die Lunge, als auf die Augen wirken, und es den Verteidigern unmöglich machten, bei einem etwa nachfolgenden Sturm sich wehren zu können. Die Soldaten eilten in ihre Zimmer, kühlten Gasmasken über und nahmen dann die gegenüberliegenden Dächer unter schweres Feuer. Ueber eine Stunde trauerten die Maskengaschreie, bis die Spartakisten es vorzogen, ihre Positionen aufzugeben.

#### Es gärt noch.

Die Spartakisten scheinen sich durchaus noch nicht als besiegt zu betrachten. Abendlich kommt es besonders im Zeitungsbezirk zu Feuergefechten. Die Verlagshäuser Mosse, Scherl und Witten wurden in den Verteidigungszustand gesetzt. In der Berliner Presse wird aufgefordert, die Dachböden zu bewachen, da die Spartakisten von dort aus Krieg führen wollen.

#### Absperrung von Moabit.

Eine völlige Absperrung des Stadtteils Moabit durch ein großes Aufgebot von Regierungstruppen verfechtete Berlin in nicht geringer Aufregung. Es entstanden die wildsten Gerüchte. Man fürchtete bevorstehende Straßenkämpfe und glaubte, daß sich die Vorgänge der letzten Woche wiederholen könnten. Es handelte sich aber um eine groß angelegte Aktion der Regierung, durch die das Gebot der Waffenablieferung für jedermann, der nicht zur Ausübung seiner dienstlichen Funktion einer Schutzwaffe bedarf, rücksichtslos durchgeführt werden soll.

#### Die Opfer.

Bei den Berliner Kämpfen sind auch Marineoffiziere tätig gewesen. U. a. sind Leutnant J. S. Gohde und Leutnant der Reserve der Matrosenartillerie Buren beim Angriff gegen das Altsiechenhaus sehr schwer verwundet worden und gestorben.

#### Wirtware ohne Ende.

Ueber die Streikbewegung der Eisenbahner in Berlin wird verschiedenen Blättern übereinstimmend berichtet, es sei ganz klar, daß es sich um einen politischen Streik handelt, der, von Spartakisten angezettelt, dazu dienen sollte, die Unordnung und Unruhe zu vergrößern und Truppenverordnungen zu verhindern. Der Eisenbahndirektionspräsident erklärte einem Berichtsführer gegenüber, um einen Lohnstreik handle es sich nicht, die Streikenden wollten die Regierung zur Abdankung zwingen. Er erwarte, daß der größte Teil der Streikenden den Dienst wieder aufnehmen werde. Er werde hoffentlich auf einen militärischen Schutz rechnen können. — Nach einer späteren Meldung soll der Streik beigelegt sein. Die Eisenbahner erklären, sich den Ereignissen beugen und die Regierung anerkennen zu wollen.

### Bur Tagesgeschichte.

#### Deutsches Reich.

Die Wahl zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung findet gemäß gesetzlicher Anordnung Sonntag, den 26. Januar 1919 statt. Die Wahlhandlung beginnt um 9 Uhr vormittags und wird um 8 Uhr nachmittags geschlossen. Die Wahl erfolgt in der Form der Nachwahlen (Paragrafen 62 und 663 der Wahlordnung), und zwar in denselben Wahllokalen und unter den gleichen Wahlvorschriften wie die Wahl zur deutschen Nationalversammlung vom 19. Januar bis. 18. Nach der Verordnung vom 21. Dezember 1918 sind nicht nur preussische Staatsangehörige, sondern alle deutschen Männer und Frauen wahlberechtigt. Das Wahlrecht ist nicht von irgendeiner Dauer des Wohnsitzes in Preußen abhängig. Zur Teilnahme an der Wahl sind nur diejenigen berechtigt, die in die Wählerliste aufgenommen sind. Die Wahlvorschläge sind berechtigt, von den zur Wahl erscheinenden Personen bei Zweifeln über ihre Identität eine Legitimation — Steuerzettel, Paßkarte etc. — zu verlangen. Die Wähler werden deshalb gebeten, die ihnen zur Wahl für die deutsche Nationalversammlung zugesandten Wahlbenachrichtigungen auch als Ausweis bei der Wahl zur preussischen Landesversammlung zu benutzen.

Der frühere Wohnungskommissar, Unterstaatssekretär Hr. Coels v. d. Brüggen, hat den Abschied aus dem Staatsdienst genommen und ist Verwaltungsrat der Güter des Fürsten von Bülow geworden.

#### Deutschland und Holland.

(\*) Das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet: Das Wirtschaftsprovokatorium wurde an Deutschland gekündigt. Das neue mit den Allierten abgeschlossene sieht auch eine Neuregelung der Ausfuhrbeziehungen Hollands zu Deutschland vor. Augenblicklich besteht kein einziges offizielles Abkommen über die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland. Ueber eine Neuregelung wird noch verhandelt.

Berlin, 15. Jan. Der erste Beistand der protestantischen Kirche in Berlin, Pfarrer Häcker, hat sich der „Zentrumspartei“ angeschlossen. Er erklärte sich auch bereit, daß

ihn das Zentrum an erster Stelle auf die Liste stelle. In der Lutherkirchengemeinde haben sich bereits Tausende von Protestanten der Organisation des Zentrums angeschlossen. Der evangelische Pfarrer der Katharinenkirche Dr. Karl Schwarzlose und der Rabbiner Dr. Mayer in Frankfurt a. M. haben sich ebenfalls dem Zentrum angeschlossen. Auch von Köln ist dasselbe zu berichten.

### Die Friedensfrage.

(b.) Die „Times“ schreibt: Es ist unmöglich zu sagen, wie lange die Friedenskonferenz währen wird. Große Anstrengungen sind gemacht worden, um sie abzukürzen, denn alle alliierten Nationen streben danach, zu ihren friedensmühen Gewohnheiten zurückzukehren, und diese Gewohnheiten in allen anderen Ländern wiederherzustellen. Wenn die Konferenz der Alliierten sich über die Bedingungen des Präliminarfriedens geeinigt haben wird, werden diese dem Feinde zur Annahme vorgelegt werden. Der Friede wird ein diktiert Friede sein, obgleich die Bedingungen unendlich viel milder sein werden als die, die Deutschland uns auferlegen wollte.

### Oberster Kriegsrat der Alliierten.

(b.) Reuter meldet aus Paris: Amtlich wird mitgeteilt, daß Vertreter der Alliierten und Assoziierten am Quai d'Orsay eine Sitzung als Oberster Kriegsrat abhielten. Verschiedene von Hoch vorgebrachte, mit der Verlängerung des Waffenstillstandes mit Deutschland zusammenhängende Fragen wurden erörtert. Darauf hielt man eine formelle Sitzung ab. Man tauschte Ansichten bezüglich der Arbeitsweise und andere mit der kommenden Konferenz zusammenhängende Fragen aus: Zugewesen waren Wilson, Clemenceau, Orlando, Lloyd George, Pichon, Sonnino, Lansing und Balfour. Hoch und die Generale Bliss und Sir Henry Wilson wohnten einem Teil der Verhandlungen bei.

### Die bedrohte Ostmark.

(b.) Der Angriff gegen Kopyn konnte wegen der Ueberlegenheit der Polen nicht weitergetragen werden. Die kleine von den Polen in Kopyn eingeschlossene Besatzung — es waren die 52er — schlug sich durch den polnischen Ring durch. Die deutschen Kräfte stehen auf der Linie Groß-Schmollen-Boynowa am Odra. Der Hauptmann der Polen ist über Kopyn hinaus mitgefallen, polnische Patrouillen stehen aber bis in die Gegend vor Jüllkau vor. Im Kreis Jüllkau ist man nunmehr zur Gründung von Heimatkompanien geschritten, die aus der einheimischen Bevölkerung rekrutiert werden. Der Angriff am Samstag erfolgte, nachdem die Polen Kopyn besetzt und die kleine deutsche Besatzung eingeschlossen hatten.

### Lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 16. Januar 1919.

•• Besitzwechsel. In den letzten Tagen hat hier ein reger Umsatz in Häusergrundstücken stattgefunden. Frau Maria Kauffmann erwarb das Haus Wilhelmstraße 47 zum Preise von 42000 Mark, Herr Apotheker Oppenheimer das Haus Wilhelmstraße 45 zum Preise von 28500 Mk., Herr Hans Benz das Haus Biebricherstraße 17 für 40000 Mark und Herr Kugelschmidt das Wohnhaus Rheinstraße 5 für 26500 Mark.

•• Ueber die am letzten Sonntag stattgefundenen Versammlung der sozialdemokratischen Partei erhalten wir nachstehenden Bericht: Nachdem die Versammlung eröffnet war, nahm der Redner, Herr Friedrich Reß, Wiesbaden das Wort und führte etwa folgendes aus: In einigen Tagen soll das deutsche Volk den Schlussschritt machen unter das System, das das alte Regime uns hinterlassen hat. Deutschland steht vor einem Teufelsbühnen, Neues gilt es aufzubauen. Vierjahrelanges Elend bedurfte es, um das deutsche Volk zur Besinnung zu bringen. Nachdem die Revolution den politischen Umsturz herbeigeführt, während der das Bürgertum sich verkroch, wagt sich dieses wieder hervor, indem es sich den Mantel der Demokratie umhängt. Aber vom deutschen Volke hängt es ab, welche Zukunft ihm bevorsteht. Das wirtschaftliche Leben ist zerstört. Arbeitslosigkeit infolge Mangels an Rohstoffen hat sich eingestellt. Wir sind von der Gnade der feindlichen Mächte abhängig. Deutschland befindet sich in einem Chaos, nicht durch die Schuld der jetzigen Regierung, die alles daran gesetzt hat, geordnete Zustände herbeizuführen. Eine Revolution läßt sich nicht in einigen Wochen liquidieren. Dies versucht die politische Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie auszunutzen, was nichts anderes als Wahlschwindel ist. Eines der beliebtesten Agitationsmittel ist die von uns erstrebte Sozialisierung der Volkswirtschaft. Damit versucht man den Bauern, Handwerker usw. gefügig zu machen. Die Sozialdemokratie denke gar nicht daran, nun jeden Kleinbetrieb in Allgemeinbesitz zu nehmen. Es handelt sich um Sozialisierung der dazu reifen großen Betriebe wie Bergbau, Schifffahrt, Güttenwerke usw. Jedenfalls dürften die früheren Zustände nicht mehr wiederkehren. So bedauerlich die durch den Zusammenbruch eingetretenen Zustände auch sein mögen, so seien sie doch besser, als das alte Regime, das diesen Zusammenbruch verschuldet habe. Die jetzigen Zustände würden überwunden und neues Leben werde aus den Ruinen erblühen. Das deutsche Volk habe es in seiner Hand. Nun versuche jede Partei, aus dem Volke Kapital zu schlagen. — Mit diesen Worten wandte der Redner sich den gegnerischen Parteien zu, mit denen er scharfe Abrechnung hielt, und zwar besonders mit dem Zentrum und der deutschen demokratischen Partei. Jetzt gelte es, die Folgen des Krieges zu beseitigen, die Schuldenlast zu decken, für die Kriegsinvaliden, Witwen und Waisen zu sorgen und die Arbeiterbeschäftigung auszubauen. Es gelte ferner, einzutreten für Ausgestaltung des Beamten- und Angestelltenrechts, Reformierung des Volksschulwesens,

## Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß heute Nacht mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager, Vetter und Onkel

# Heinrich Heck

nach längerem Leiden im Alter von 57 Jahren sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Schierstein, Biebrich, Hanau, den 16. Januar 1919.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr (alte Zeit), vom Sterbehause, Jahnstraße 2, aus statt.

Trennung von Staat und Kirche, volle Rede- und Gewissensfreiheit usw. Hierfür garantiere nur die Sozialdemokratie. Nach kurzer anregender Aussprache wurde die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

•• Gemeindevorstandssitzung. In der auf Montagabend anberaumt gewesenen Sitzung waren unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Schmidt die Herrn Gemeindevorordneten Birk, Striller, Eiser, Westphal, Rücker, Schäfer G. H. II, Roth, Gaebler, Schmidt, Kahn, Koffel, Schönmayer, Klein und Wehner und vom Gemeindevorstand die Herren Sempel, Birk und Sanitätsrat Dr. Bayerthal erschienen.

1. Beschlussfassung über Erlass einer Verordnung über Erwerbslosensfürsorge.

Der Gemeindevorstand erachtet den Erlass einer Verordnung über Erwerbslosensfürsorge für notwendig, die Vertretung beschloß dementsprechend, nachdem G. H. Schäfer II festgestellt hat, daß die Verordnung mit der der Stadt Wiesbaden im Großen und Ganzen übereinstimmt.

2. Beschlussfassung über Abschluß des Holzhauer-Lohnakkords.

Die Oberförsterei empfiehlt den Abschluß des Akkords mit dem Holzhauermeister Müller in Frauenstein. Da Einwendungen nicht erhoben wurden, ist die Genehmigung erteilt.

3. Beschlussfassung über Abhaltung von Holzpreiserhöhungen.

Der Soldaten- und Bauernrat hat eine Verlosung des in diesem Jahre im Gemeindevorstand gesällten Holzes vorgezogen. Der Gemeindevorstand hat nochmals über den Stand eingehend beraten. Da einmal nur Holz in geringem Maße zur Verfügung steht, das für die zahlreichen Familien bei weitem nicht ausreicht, zum andern die Gemeinde bei den hohen Belastungen auf die Einnahmen nicht verzichten kann, schlug er vor, es bei dem seitherigen Verfahren zu belassen und zwar wie im Vorjahre unter Ausschluß auswärtiger Käufer, evtl. unter Festsetzung einer Höchstmenge. Mit diesem Vorschlage kann sich der G. H. Schäfer II nicht einverstanden erklären, da der Antrag nach reiflicher Ueberlegung seitens des Arbeiter- und Bauernrates gestellt sei. Nachdem noch Sanitätsrat Dr. Bayerthal und Bürgermeister Schmidt den Standpunkt des Gemeindevorstandes nochmals eingehend erläuterten, wurde mit allen gegen 3 Stimmen beschlossen, es bei dem seitherigen Verfahren zu belassen und zwar wie im Vorjahre unter Ausschluß auswärtiger Käufer und Festsetzung einer Höchstmenge.

4. Beschlussfassung über Verkauf des Stoll'schen Platzes.

Die seitherigen Verhandlungen haben ergeben, daß der Schuhmachermeister Gemmer den Antrag auf käufliche Ueberlassung des 1. Teiles des Stoll'schen Platzes gestellt hat. Der Gemeindevorstand vertritt den Standpunkt, daß ein Verkauf des ganzen Platzes sich empfehlen dürfte, da der Platz doch nur nutzlos daliegt. Dementsprechend wurde beschlossen.

5. Wahl von 2 Mitgliedern der Gemeindevorstellung zur Kommission zur Verteilung von Liebesgaben.

Gewählt wurden die Herren Fritz Roth und Emil Spitz. Es handelt sich um Verteilung der Liebesgaben, die für die heimkehrenden Krieger gesammelt wurden.

•• Die „Deutsche Volkspartei“, Geschäftsstelle Biebrich, Rathausstraße 2, macht uns darauf aufmerksam, daß infolge der augenblicklichen Umstände die Eröffnung einer Zweiggeschäftsstelle in Schierstein bisher nicht möglich war. Freundliche Anmeldungen zur Partei werden an obige Stelle erbeten.

### Aus dem besetzten Gebiet.

Mainz, 15. Jan. (Flüchtig gegangen.) Der 18jährige Mal aus Weisenau, der vor einigen Tagen seinen Vater durch Messerstiche schwer verletzte, sollte wegen dieser Tat verhaftet werden. Er zog es aber vor, flüchtig zu gehen. Er wird von der Polizei gesucht.

Mainz, 15. Jan. (Lebensmüde.) Der 45jährige Kaufmann D. von der Kaiserstraße, der sich wegen eines größeren Strafverfahrens in Untersuchungshaft befand, hat sich im Provinzialarresthaus erhängt.

Birkenfeld, 15. Jan. (Politische Vergewaltigung.) In 6 Monaten Gefängnis wurden die beiden Mitglieder des j. St. verhafteten Volksrates aus Oberstein, Ostermeyer und Belselt, wegen politischen Vergehens von der Militärbesatzung verurteilt, während die übrigen 4 Mitglieder mit je 3 Monaten Gefängnis davonkamen.

Vom Niederrhein, 15. Jan. (Rheinische Schifffahrt.) Die Zufuhrgeleise in den Ruhrhäfen sind wieder frei vom Wasser. An den Expeditions- und Dampfstraßenplätzen, sowie an den Kohlenklippen vollzieht sich wieder geordnete Tätigkeit. Die Zufuhr mit der Eisenbahn und aus den Kanalhäfen ist verstärkt worden. Seitdem die starke Strömung auf dem Rhein nachgelassen hat, ist die Befähigung der Schleppboote wesentlich gestiegen und die Reisedauer erheblich abgekürzt worden. Rheinauf- wie rheinabwärts ist die Schifffahrt in kräftigem Aufschwung begriffen. Die Kohlenzufuhr nach Holland ist in möglichem Umfange wieder aufgenommen worden. Während der Nacht ist die Schifffahrt auf dem Rhein verboten. Die deutsche Nationalflagge darf nicht geführt werden. Spätestens am 18. Januar muß das deutsche, auf dem Rhein fahrende Schiffspersonal mit Ausweis und Armbinde versehen sein. Die Beförderung von Personen mit Schiffen ist unter der Bedingung zugelassen, daß sie sich gemäß den von den verbündeten Armeen erlassenen Verkehrsordnungen vollzieht.

### Die Lebensmittelverhältnisse.

Die britischen Militär-Autoritäten haben systematische Erhebungen eingezogen über die Lebensmittelverhältnisse in den von den Engländern besetzten Gebieten. Auf Grund dieser Basis wird beschlossen werden, ob irgendwelche Schritte notwendig sind. Es ist festgestellt worden, daß Vorräte zur Versorgung der Bevölkerung nach den gegenwärtigen Sätzen innerhalb des von der englischen Armee besetzten Gebietes für drei bis sechs Wochen vorhanden sind. Die Lebensmittelvorräte für dieses Gebiet, die von der Deutschen Zentralbehörde in Berlin verteilt werden, kommen in der Hauptsache aus Ost- und Mitteldeutschland. Augenblicklich kommen diese Sendungen gemäß an, um die augenblickliche Versorgung zu sichern, aber es sind keine Vorräte da und wenn Verbindungen mit anderen Teilen Deutschlands durch schlechtes Wetter oder politische Unruhen unterbrochen werden, so wird der Mangel bald gefühlt werden. Die von der besetzten Zone monatlich aus Deutschland benötigten Lebensmittel bestehen aus: 12 125 Tonnen Mehl, 2108 Tonnen Kartoffeln, 1217 Tonnen Fleisch, 453 Tonnen Fett, 90 Tonnen Erbsen und Bohnen, 1566 Tonnen Zucker, 180 Tonnen Marmelade und 3488 Tonnen Milch. Außerdem werden 6 Millionen Eier benötigt, so daß jede Person pro Woche ein Ei erhält. Nach der offiziellen Verteilung erhalten die Deutschen jetzt wöchentlich 7 Unzen Fleisch anstatt ungefähr 2 Pfund vor dem Kriege. Mehl erhalten sie 3/4 Pfund anstatt 1 Pfund, 8 Pfund und Kartoffeln 4 1/2 Pfund anstatt 12 Pfund.

### Kleine Chronik.

Klassenlotterie. Die Ziehung 1. Klasse hat am 8. Januar stattgefunden. Die beiden Hauptgewinne mit 50 000 Mk. entfielen auf die Nummern 29 741. Gewinne zu 30 000 Mk. auf die Nummern 124 470.

Gegenmaßnahmen. Gegen die Vergeßlichkeit der Sparfussleute den Zeitungsbetrieben gegenüber nahm eine Vertrauensmännerversammlung des Verbandes deutscher Buchdrucker in Elberfeld dahin Stellung, daß in den Druckereien des Wuppertals, die möglichst weise vorübergehend von Sparfussleuten besetzt werden, die Buchdrucker sofort die Arbeit einstellen dürfen.

.....  
"Die geschichtlich überkommene Verbindung von Staat und Kirche darf nicht gelöst werden." Dieser Satz, klar und nicht mißverständlich, steht im Programm der

# „Deutschen Volkspartei“.

Wer auf dem gleichen Standpunkte steht, gibt seine Stimme ab am  
19. Januar der

Liste „Rießer“,  
der

# „Deutschen Volkspartei“.

## Deutsche Männer! Deutsche Frauen!

Wer gegen die Trennung von Staat und Kirche ist,  
Wer für die Beibehaltung des Religionsunterrichts  
in der Schule ist,

Wer für die Partei des christlichen Bürgertums und  
Handwerks ist,

Wer gleiches Recht für alle fordert ohne Unterschied  
der Konfession,

Wer für geordnete Verhältnisse innerhalb des deutschen  
Reiches ist,

Wer für Taten und nicht für Worte und Ver-  
sprechungen ist,

der gebe seine Stimme der Partei, die für das Recht  
Aller und die Freiheit Aller eintritt.

Diese Partei, die weder nach rechts noch nach links  
blickt, sondern geradeaus geht, ist die **Zentrumspartei**.

## Christliche Männer und Frauen!

Geht also eure Stimme am Tage der Entscheidung nach-  
stehenden Kandidaten der **Zentrumspartei**:

Kentner Richard Müller (Gulda) Bauarbeiterssekretär  
Joseph Becker (Berlin), Mittelschullehrer Jean Albert Schwarz  
(Frankfurt a. M.), Volksvereinssekretär Frank (Gulda), Pfarrer  
Ferd. Müller (Elz), Frau Johla Bontant-Klehe (Frankfurt  
a. M.), Landwirt Vogt (Hünfeld), Kreisschulinspektor Jost  
(Ransbach), Redakteur Dr. Joh. Kramer (Gulda), Buchdrucker  
Gerh. Feil (Frankfurt a. M.), Pfarrer Ebel (Neustadt), Fa-  
bricant Ohlig (Montabaur), Amtsgerichtsrat Auth (Kassel),  
Landwirt Eisel (Montabaur), Frau Gymnasialdirektor  
Beckmann (Limburg).

## Ämtliche Bekanntmachungen.

### Betr. Verkauf von Butter.

Freitag, den 17. ds. Mts. findet auf dem Rat-  
hause der Verkauf von Butter statt und zwar:  
für den Brotkartenbezirk Nr. 4 von 8 bis 9 Uhr vor.  
" " " " 2 " 9 bis 10 " "  
" " " " 3 " 10 bis 11 " "  
" " " " 1 " 11 bis 12 " "

Es werden auf jedes Familienmitglied 45 Gramm  
Butter ausgegeben. 45 Gramm Butter kosten  
40 Pfg. Brotkartenausweis der laufenden Woche ist  
vorzulegen. Dieser muß auf der Rückseite mit dem Namen  
des Haushaltungsvorstandes versehen sein. Milch-  
versorger und Hauschlachtungen sind von dem Verkauf  
ausgeschlossen. Die Bezirke sind genau einzuhalten.  
Die Beträge abgezählt mitzubringen.

### Betr. Ausgabe von Krankenbutter.

Die Ausgabe von Krankenbutter erfolgt, soweit der  
Vorrat reicht, am Schlusse des Verkaufs. Die kreisärztlichen  
Ausweise sind vorzulegen.

### Betr. Ausgabe von Weizengries.

Die Ausgabe von Weizengries für Kinder und Kranke  
findet Freitag nachmittag von 4 bis 5 Uhr (alte Zeit) gegen  
Vorzeigung der Ausweise auf Zimmer 4 im Rathause statt.  
Ein Pfund kostet 50 Pfennig. Die Beträge sind unbedingt  
abgezählt mitzubringen.

### Betr. Kontrollversammlung.

Auf höhere Anordnung findet allwöchentlich eine  
**Kontrollversammlung**

der anlässlich des Krieges zum Heeresdienst eingezogen ge-  
wesen Einwohner statt und haben sich diese Personen in  
der Zeit

von Samstags 2—5 Uhr nachm.  
Sonntags 9—11 " vorm. oder  
Montags 7—11 " "

im Sitzungssaale des Rathauses zu melden.

Unterlassung dieser wöchentlichen Meldungen wird streng  
bestraft.

Schierstein, den 16. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

### Monatsfrau

für 2—3 Stunden am Tage  
gesucht.  
Näheres in der Geschäfts-  
stelle.

### Bohnhaus

im Preise von 12—25000 Mk.  
bei größerer Anzahl zu  
kaufen gesucht.  
Näh. in der Geschäftsstelle.

## Der große Gedanke, den auch die Frauen

jetzt ganz erfassen, ist der des **Volksstaates**.

Der **Volksstaat** erkennt die Bedeutung der weib-  
lichen Kulturkraft, er macht die Frauen zu **Volkbürgerinnen**,  
er beschert ihnen gleich dem Manne das **gleiche**,  
**geheime und direkte Wahlrecht**.

Die Frau soll künftig mitarbeiten an der **Schaf-  
fung der Gesetze**; sie kann eintreten für **Gleichstellung**  
der Frau im **Eherecht** und im **Elternrecht**, sie darf  
fordern die **Mitarbeit** in der **Gemeinde**, sie kann ar-  
beiten für eine dem Manne **gleichwertige Berufsaus-  
bildung** und für die Forderung: **gleicher Lohn für gleiche**  
**Leistung**; sie muß wirken für **günstigere Arbeitsbe-  
dingungen** beider Geschlechter in allen Berufen, für eine  
gesunde **Wohnungsfürsorge**, für durchgreifenden  
**Kind- und Jugendschutz**, für eine einsichtsvolle  
**Bevölkerungspolitik**, für die **Hebung der sittlichen**  
**Lebensanschauung**.

In diesen Zielen wird sie **tatkräftige Unter-  
stützung** finden bei der

## Deutschen Volkspartei.

Geschäftsstelle: Viebrich, Rathausstraße 2.

# Wähler und Wählerinnen!

Wer mit uns

Deutschland vor dem Untergang bewahren,  
Brot, Friede und Arbeit sichern,  
Religion, Kirche und Kultur dem Volk erhalten,  
Recht, Freiheit und Ordnung schaffen,  
die Gleichberechtigung aller Volksschichten durchführen,  
den Privatbesitz sichern,  
durch engen Zusammenschluss des gesamten Bürgertums  
jeder Gewaltherrschaft entgegentreten,  
und für Deutschlands Zukunft  
aus den Trümmern der Gegenwart  
neues, blühendes Leben erstehen lassen will

der wähle mit uns am Sonntag, den 19. Januar 1919 zur

deutschen National-Versammlung

die Kandidaten der

## Deutschen Volkspartei.

Geh. Justizrat **Dr. J. Niefer**, Berlin  
Amtsgerichtsrat **E. Lieber**, Rechtsbeistand der Landwirtschafts-Kammer, Wiesbaden  
Arbeitssekretär **Geisler**, Frankfurt a. M.  
Standverordnetenvorsteher **Dr. W. F. Kalle**, Diebrich/Rh.  
Frau **Julie Baffermann**, Mannheim  
Ingenieur **Ehr. Banja**, Limburg  
Stadtverordneter **Dr. Herm. Kumpf**, Frankfurt a. M.  
Stadttrat **Heräus**, Fabrikant, Hanau a. M.

Stadtverordnete **Hr. Behle**, Kaufmann und Leichwirt  
Domburg v. d. S.  
Schornsteinfegermstr. **Jean Franck**, Frankfurt a. M.  
**Julie Belde**, Oberlehrerin, Frankfurt a. M.  
Kreistierarzt **Dr. Jürgen-Lüders**, Dillenburg  
Professor **Hans Köppe**, Marburg  
Landesbibliothekar **Dr. Wih. Hopf**, Kassel  
**Dr. Frdr. Böttcher**, Schriftsteller, Mengerschinghausen  
(Waldeck).

Deutsche Volkspartei, Wiesbaden.

### Gemüsesämereien

eigener Anzucht  
empfiehlt

**Eugen Rasper**,  
Gartenbau,  
Schierstein-Niederrad.

### Husten, Atemnot, Verschleimung

Schreibe allen Leidenden gerne  
unlöst, womit ich mich von  
meinem schweren Lungenleiden  
selbst befreite.

**Heinrich Deide, Wackerleben**,  
Provins Sachsen.

Auch bei Hautjucken, Flechten,  
Krätze, offenen Weingeschwüren  
gerne umsonst Auskunft.  
Rückmarke erwünscht.

### Wohnhaus

mit Stallung und große  
rem Hofraum sowie  
Möbel zu kaufen gesucht.

Näh in der Geschäftsstelle.

Ein kleines gutgebautes

### Wohnhaus

zu kaufen gesucht. Offerte  
unter N. K. an die Geschäfts-  
stelle d. Zeitung.

Ein fast neuer, kleiner

### Füllofen

zu verkaufen.

**Adolfstr. 23. I.**

### Wegfall von Zügen und Fahrpländerungen.

Ab 13. Januar 1919 fallen vorübergehend fol-  
gende Züge aus:

**Zwischen Mainz und Ludwigshafen:**

D 350 Mainz Hbf. ab 7.51 nachm., Ludwigshafen an  
9.07 nachm., D 303 Ludwigshafen ab 7.59 vorm., Mainz  
Hbf. an 9.12 vorm.

**Zwischen Mainz und Worms:**

Pz 522 Mainz Hbf. ab 3.58 nachm., Worms an  
5.45 nachm., Pz 529 Worms ab 9.26 nachm., Mainz Hbf.  
an 11.02 nachm.

Für die Dauer des Ausfalles des Pz 522 werden  
die zwischen Alzey und Bodenheim verkehrenden Personen-  
züge bis und ab Mainz Hbf. durchgeführt.

Pz 4923 verkehrt täglich mit folgenden Abfahrzeiten:

Alzey ab 1.43 nachm., Schaffhausen 1.52, Framersheim  
1.58, Gau-Röngersheim 2.04, Gau-Odernheim 2.13, Wech-  
tolsheim 2.20, Undenheim-Röngersheim 2.39, Selzen-  
Hahnheim 2.47, Mommenheim 2.56, Garsheim 3.02, Gau  
Bischofsheim 3.07, Bodenheim 3.18, Laubenheim 3.25, Weissen-  
au Hp 3.31, Mainz Süd an 3.35, ab 3.36, Mainz Hbf. an  
3.40 Uhr.

Pz 4924 verkehrt von Mainz Hbf. bis Bodenheim  
im Fahrplan des Pz 522, Mainz Hbf. ab 3.58 nachm.  
Bodenheim an 4.21, ab 4.40 nachm. und weiter wie folgt  
Mainz, den 13. Januar 1919.

### Eisenbahndirektion Mainz.

Genehmigt am 12. Januar 1919 durch die  
alliierte Kommission der Eisenbahnen der Rheinlande.

**Eva Horn**  
**Peter Max**  
Verlobte

Schierstein

Diebrich a. Rh.